



DAS EU-PLANSPIEL IM RATHAUS betreute unter anderem Anna-Lena Beilschmidt (zweite Reihe, ganz links), die Europabeauftragte der Stadt Pforzheim.
Foto: Wacker

Spiel mit der Gesetzgebung

Azubis von Stadt und Enzkreis befassen sich mit Mechanismen der EU

bav. Auch in diesem Jahr fand der EU-Azubi-Gipfel statt, in dem sich Auszubildende der Stadt Pforzheim und des Enzkreises im Rathaus Pforzheim treffen, um an einem Planspiel teilzunehmen. In diesem Planspiel schlüpfen die Jugendlichen in die Rolle der EU-Abgeordneten sowie von Vertretern des EU-Rats, des Europaparlaments, der Mitglieder der Europäischen Kommission und der Medien, um über die Asyl- und Flüchtlingspolitik zu diskutieren.

Sinn und Zweck dieser Veranstaltung ist es, den Jugendlichen die Arbeitsweisen und Strukturen der EU-Abgeordneten näherzubringen sowie Kompetenzen im Bereich Diskussion und Politik zu erwerben.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik, wurden unter anderem Fragen gestellt wie: Wie viele Menschen sind weltweit auf der Flucht? Und aus welchen Gründen fliehen sie? Außerdem gab es eine Erklärung der genauen Aufgaben von Anna-Lena Beilschmidt von der Stadt Pforzheim, sie ist Leiterin der Abteilung Europa und Städtepartnerschaft.

Neben dem Heranführen in die Gesetze der Asyl- und Flüchtlingspolitik durch Adrian Schilde und Michel Salzer vom Civic-Institut für Internationale Bildung in Düsseldorf gab es auch einen kurzen Besuch von Oberbürgermeister Peter Boch. Anschließend kam es zur Rollenverteilung.

Die 29 Auszubildenden führten durchgehend eine lustige, spannende und realitätsnahe Debatte über die einzelnen Artikel der Asyl- und Flüchtlingsgesetze. Die Stimmung war teilweise angespannt aufgrund der Meinungsverschiedenheiten etwa zwischen dem Rat und dem Parlament. Am Ende gab es keine eindeutige Einigung betreffend der Änderungen der Gesetze.

So war das Fazit dieses EU-Planspiels gemischt. Die Auszubildenden von Stadt und Enzkreis merkten jedenfalls, wie viel Arbeit dahinter steckt und wie schwer es ist, ein Gesetz in Kraft treten zu lassen, wenn die einzelnen Parteien und Institutionen auf ihren jeweiligen Standpunkten beharren.